

## **Antwort der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke,  
Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/5319 –**

### **Zur aktuellen Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 22. März 2004 stellte die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (EJRM) einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union (EU), woraufhin ihr der Europäische Rat vom 15. bzw. 16. Dezember 2005 unter „Anerkennung der Fortschritte bei der Umsetzung des Ohrid-Abkommens und des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens“ den Status eines EU-Beitrittskandidaten verlieh ([www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Erweiterung\\_Mazedonien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Erweiterung_Mazedonien_node.html)). Zwar hatte die EJRM bereits im Jahr 2009 die Bedingungen für den Beginn von Beitrittsverhandlungen erfüllt, allerdings blockiert das EU-Mitglied Griechenland den Beginn der Verhandlungen, um zu verhindern, dass der Name seiner Nordregion Makedonien zur international anerkannten Bezeichnung des Nachbarstaates wird. Griechenland befürchtet künftige Gebietsforderungen und wehrt sich gegen die Vereinnahmung seines historischen Erbes durch den nördlichen Nachbarn. Mit derselben Begründung wird auch der NATO-Beitritt der EJRM durch Griechenland verhindert ([www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54789/mazedonien](http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54789/mazedonien)).

Bei den vergangenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der EJRM im April 2014, konnte die rechtskonservative Partei von Premierminister Nikola Gruevski, die „Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Bewegung für Nationale Einheit Makedoniens“ (VMRO-DPMNE) ihr Wahlergebnis im Vergleich zu den vorherigen Wahlen im Jahr 2011 um 4 Prozent von 39 Prozent auf 43 Prozent verbessern und verfehlte mit 61 von 123 Sitzen die absolute Mehrheit nur knapp. Der Kandidat der Regierungspartei für das Präsidentenamt, Gjorge Ivanov, wurde bei den gleichzeitig stattfindenden Präsidentschaftswahlen mit 57 Prozent der Stimmen ebenfalls bestätigt. Dagegen musste die „Sozialdemokratische Union“ (SDSM) mit 25 von einst 34 Prozent erhebliche Stimmeinbußen hinnehmen. Ihr Kandidat für das Präsidentenamt erhielt lediglich 39 Prozent der Stimmen. Der Koalitionspartner der VMRO-DPMNE, die Partei DUI der albanischen Minderheit, erhielt 14 Prozent und damit 19 Sitze im mazedonischen Parlament ([www.sueddeutsche.de/politik/mazedonien-opposition-erkennt-wahlergebnis-nicht-an-1.1945441](http://www.sueddeutsche.de/politik/mazedonien-opposition-erkennt-wahlergebnis-nicht-an-1.1945441)). Die SDSM verweigert seit fast einem Jahr die Parlamentsarbeit und wirft der Regierungspartei VMRO-DPMNE Wahlbetrug vor. Die Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa (OSZE) machte bei den vorgezogenen Wahlen am 13. und 27. April 2014 zwar Mängel, wie die unklare Länge der offiziellen Wahlkampfphase sowie die nicht erfolgte Trennung von Amts- und Wahlkampfpolitik, aus, erklärte aber insgesamt die Wahlen als „effektiv durchgeführt“ und lobte die Anpassung des Wahlrechts an die Empfehlungen der OSZE ([www.osce.org/odihr/elections/fyrom/121306?download=true](http://www.osce.org/odihr/elections/fyrom/121306?download=true)).

Immer wieder gab es unterschiedlich motivierte Proteste, so von Teilen der albanischen Minderheit als auch von Studierenden. Über 12 000 Studierende demonstrierten im Dezember 2014 gegen die Hochschulpolitik der Regierung Nikola Gruevski ([www.balkaninsight.com/en/article/mass-student-protest-clogs-skopje](http://www.balkaninsight.com/en/article/mass-student-protest-clogs-skopje)). Im Frühjahr 2015 besetzten Studierende Fakultäten der Universität Skopje ([www.turkishweekly.net/news/180067/macedonia-protesting-students-occupy-faculties.html](http://www.turkishweekly.net/news/180067/macedonia-protesting-students-occupy-faculties.html)).

Im September 2014 verkündete Nevzat Halili, der frühere Parteichef der Albanischen Partei für eine Demokratische Aktion in Mazedonien, in Skopje eine „Republik Ilirida“ der albanischen Minderheit ([www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=09&dd=19&nav\\_id=91668](http://www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=09&dd=19&nav_id=91668)). Im November 2014 startete eine selbsterklärte „Garde der Republik Ilirida“ mit Patrouillen in den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten in der EJRM. Die „Garde der Republik Ilirida“ strebt an, in allen Gebieten der EJRM von Struga im Süden bis Kumanovo im Norden Präsenz zeigen zu wollen ([www.inserbia.info/today/2014/11/albanian-guard-of-the-republic-of-ilirida-starts-patrols-in-macedonia/](http://www.inserbia.info/today/2014/11/albanian-guard-of-the-republic-of-ilirida-starts-patrols-in-macedonia/)).

Im EU-Fortschrittsbericht vom 8. Oktober 2014 kritisierte die Europäische Kommission, dass sich die Regierung der EJRM (wie die Mehrheit der Nicht-EU- und Nicht-NATO-Staaten auf dem Balkan) nicht an den von den EU- und NATO-Staaten verhängten Sanktionen gegen die Russische Föderation im Zuge der Ukraine-Krise beteiligt hat ([www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/661176/publicationFile/203101/131016\\_EJRMazedonien\\_EU-Fortschrittsbericht.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/661176/publicationFile/203101/131016_EJRMazedonien_EU-Fortschrittsbericht.pdf)). Nikola Gruevski hat sich Russland in den vergangenen Monaten angenähert, lehnt nicht nur die internationalen Sanktionen wegen der Krim-Krise ab und hofft darauf, dass das Pipeline-Projekt „Turkish Stream“ durch Mazedonien führen wird. Im Juni 2014 hatte das wichtige Transitland Bulgarien auf Druck der Europäischen Kommission die Arbeiten an der Pipeline „South Stream“ gestoppt, im Dezember 2014 erklärte Russland das Projekt dann für gescheitert ([www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/south-stream-russland-eu-tuerkei-folgen](http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/south-stream-russland-eu-tuerkei-folgen)). „Turkish Stream“ soll eine alternative Route für russisches Gas an der Krisenregion Ukraine vorbei ermöglichen. Nach Griechenland und Ungarn könnte die Pipeline durch Serbien und die EJRM führen.

Im Jahr 2001 überfielen Mitglieder der kosovo-albanischen Gruppe UÇK die Nordregionen der EJRM („Ilirida“) und nahmen die nordmazedonische Stadt Aračinovo ein. Führende EU- und NATO-Politiker – wie der NATO-Generalsekretär George Robertson – ergriffen dann infolge der bewaffneten Auseinandersetzung mit Regierungseinheiten der EJRM gegen die Regierung Partei ([www.news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1401919.stm](http://www.news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1401919.stm)). US-amerikanische Militärbusse eskortierten die Bewaffneten der UÇK gemeinsam mit 17 Militärberatern der US-Firma „Military Professional Resources Inc.“ in die durch NATO-Einheiten besetzte serbische Provinz Kosovo (Mark Curtis: Secret Affairs: Britain’s Collusion with Radical Islam, London 2010, S. 384). Unter denen vom US-Militär Evakuierten befand sich auch Samedin Xhesairi (Kampfname „Hoxha“), der zu dieser Zeit als BND-Agent arbeitete ([www.jungle-world.com/artikel/2004/49/14175.html](http://www.jungle-world.com/artikel/2004/49/14175.html)).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Beantwortung der Fragen 7, 7a, 7b, 7c sowie 10 a kann nicht offen erfolgen, da die erbetenen Auskünfte Informationen zur aktuellen Aufgabenerfüllung und zum Auftragsprofil des Bundesnachrichtendienstes preisgeben. Arbeitsmetho-

den und Vorgehensweisen des Bundesnachrichtendienstes sind im Hinblick auf die künftige Auftragsbefreiung besonders schutzbedürftig. Ebenso schutzbedürftig sind Einzelheiten zu der nachrichtendienstlichen Erkenntnislage; ihre Veröffentlichung ließe Rückschlüsse auf die Aufklärungsschwerpunkte zu. Dies könnte die Effektivität der nachrichtendienstlichen Aufklärung beeinträchtigen, was wiederum für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein kann. Deshalb sind die entsprechenden Informationen als Verschlusssache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen (VSA) mit dem VS-Grad „VS – Vertraulich“ eingestuft.

Es wird insoweit auf die in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegte Antwort verwiesen.

1. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass bis Ende April 2016 vorgezogene Neuwahlen in der EJRM stattfinden sollen – worauf sich Regierungschef Nikola Gruevski und Oppositionschef Zoran Zaev geeinigt hätten – ([www.orf.at/stories/2281884/](http://www.orf.at/stories/2281884/)), und inwieweit hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung der EJRM entsprechend ebenfalls auf vorgezogene Neuwahlen gedrängt bzw. diese befürwortet?

Unter Vermittlung von Johannes Hahn, Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, wurde am 14. Juli 2015 eine Einigung der Vorsitzenden der Parteien VMRO-DMNE (Nikola Gruevski), SDSM (Zoran Zaev), DUI (Ali Ahmeti), DPA (Menduh Thaci) auf Neuwahlen am 24. April 2016 erzielt. Bereits am 2. Juni 2015 hatten sich die Parteivorsitzenden unter Vermittlung von Kommissar Hahn grundsätzlich auf vorgezogene Neuwahlen im April 2016 geeinigt, Detailfragen waren jedoch zunächst offen geblieben. Die Bundesregierung betrachtet diese Einigung als einen wichtigen ersten Schritt zur Lösung der innenpolitischen Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Gemeinsam mit ihren EU-Partnern hat die Bundesregierung in den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union vom 23. Juni 2015 die Parteien aufgerufen, auf der Grundlage der Vereinbarung vom 2. Juni die Reformempfehlungen der Europäischen Kommission umzusetzen. Dazu gehört auch eine Wahlrechtsreform, die gemeinsam mit ersten systemischen Reformen dazu beitragen soll, bei künftigen Wahlen gleiche Ausgangsbedingungen zu gewährleisten.

2. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass der albanische Premierminister Edi Rama im Mai 2015 ankündigte, einen möglichen NATO-Beitritt der EJRM zu blockieren, wenn das Abkommen von Ohrid aus dem Jahre 2001 nicht vollständig umgesetzt würde ([www.english.albeu.com/news/news/ohrid-agreement-albania-will-blocks-macedonias-nato-membership/199600/](http://www.english.albeu.com/news/news/ohrid-agreement-albania-will-blocks-macedonias-nato-membership/199600/))?

Der Bundesregierung ist eine Aussage des albanischen Premierministers Edi Rama bekannt, der zufolge Albanien den NATO-Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien nach vollständiger Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens unterstützen wird. Bei ihrem Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 hatte die NATO die Erfüllung der Beitrittskriterien durch die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien implizit festgestellt und einvernehmlich eine Beitrittseinladung für den Fall einer beidseitig akzeptablen Lösung des Namensstreits mit Griechenland zugesagt. Diese Zusage wurde zuletzt im Jahr 2014 beim NATO-Gipfel in Wales einvernehmlich bestätigt.

3. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass sich die EJRM mit der autonomen serbischen Provinz Kosovo zuletzt in einem Handelskonflikt befand ([www.euractiv.com/enlargement/trade-war-kosovo-macedonia-polit-news-530360](http://www.euractiv.com/enlargement/trade-war-kosovo-macedonia-polit-news-530360)), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie der Handelskonflikt gelöst wurde?

Als Reaktion auf ein Einfuhrverbot von Mehl und Weizen durch die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat die Republik Kosovo am 5. September 2013 zunächst den Import von einigen wenigen landwirtschaftlichen Produkten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gestoppt. Nachdem die mazedonische Seite mit einer Einreisegebühr für Fußgänger und Fahrzeuge geantwortet hatte, wurde am 9. September 2013 das von Kosovo verhängte Importverbot auf alle Einfuhren aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ausgeweitet. Die Handelsstreitigkeit konnte schließlich einvernehmlich gelöst werden. Seitdem sind die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten störungsfrei. Für die Republik Kosovo ist die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien einer der größten Handelspartner.

4. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob der jetzige mazedonische Regierungschef Nikola Gruevski die Pipeline „Turkish Stream“ im Gegensatz zum Oppositionschef Zoran Zaev unterstützt, so dass ein Regimewechsel für Russland schlecht, aber möglicherweise im Interesse jener wäre, die gegen die Pipeline „Turkish Stream“ sind ([www.derstandard.at/2000015820857/Russlands-Plan-B-Gaslieferungen-ueber-Mazedonien/](http://www.derstandard.at/2000015820857/Russlands-Plan-B-Gaslieferungen-ueber-Mazedonien/))?

Der mazedonische Oppositionschef Zoran Zaev hat am 20. Mai 2015 seine Unterstützung für jede Art von Pipeline, die durch die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien verlaufen könnte, zum Ausdruck gebracht.

Der mazedonische Regierungschef Nikola Gruevski hat am 27. Mai 2015 öffentlich erklärt, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sich nur dann an „Turkish Stream“ beteiligen werde, wenn es zuvor eine Einigung über alle Modalitäten des Projekts zwischen der Europäischen Union und Russland gibt.

5. Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Treffen der Außenminister von Griechenland, Mazedonien, Serbien und Ungarn am 7. April 2015 in Budapest, um die Pipeline „Turkish Stream“ zu besprechen, und den einen Monat später begonnenen Anti-Regierungsdemonstrationen in Skopje?

Die Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen den beiden Begebenheiten.

6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die angebliche Teilnahme von US- und EU-Diplomaten an den Anti-Regierungsdemonstrationen in der mazedonischen Hauptstadt Skopje ([www.de.sputniknews.com/politik/20150519/302394834.html](http://www.de.sputniknews.com/politik/20150519/302394834.html))?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

7. Welche – auch nachrichtendienstliche – Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass „zwei, drei Tage bevor die Feuergefechte [in der nordmazedonischen Stadt Kumanovo am 9. Mai 2015] begannen, [...] Leute mit Waffen aus dem Kosovo gekommen [seien]“ ([www.derstandard.at/2000016810190/Eine-Mauer-des-Schweigens-um-Kumanovo](http://www.derstandard.at/2000016810190/Eine-Mauer-des-Schweigens-um-Kumanovo))?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

- a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die angeblichen Verbindungen der Rebellen von Kumanovo und der kosovoalbanischen UÇK ([www.derstandard.at/2000016810190/Eine-Mauer-des-Schweigens-um-Kumanovo](http://www.derstandard.at/2000016810190/Eine-Mauer-des-Schweigens-um-Kumanovo))?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

- b) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Angriff mit raketenangetriebenen Granaten (RPG) auf ein Gebäude der mazedonischen Regierung in der mazedonischen Hauptstadt Skopje im Oktober 2014 ([www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=10&dd=31&nav\\_id=92097](http://www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=10&dd=31&nav_id=92097))?

Im Oktober 2014 wurde das mazedonische Regierungsgebäude einmal mit raketenangetriebenen Granaten beschossen. Es gab keine Verletzten.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

- c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das angebliche Bekenntnisschreiben der UÇK wegen eines Terroranschlags auf ein Gebäude der mazedonischen Regierung im Oktober 2014, in welchem dieser mit den mangelnden Fortschritten in der euroatlantischen Integration der EJRM begründet wurde ([www.balkaninsight.com/en/article/new-C3%ACliberation-army-C3%AE-claims-attack-on-macedonian-government-hq](http://www.balkaninsight.com/en/article/new-C3%ACliberation-army-C3%AE-claims-attack-on-macedonian-government-hq))?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

- d) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Angriff von 40 UÇK-Kämpfern auf den mazedonisch-kosovarischen Grenzort Gošince im April 2015 ([www.nytimes.com/aponline/2015/04/21/world/europe/ap-eu-macedonia-kosovo-border-incident.html](http://www.nytimes.com/aponline/2015/04/21/world/europe/ap-eu-macedonia-kosovo-border-incident.html))?

Der Bundesregierung liegen zu dieser Frage keine über die Presseberichterstattung hinausgehenden Kenntnisse vor.

8. Stuft die Bundesregierung die mazedonischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 als frei und fair ein?

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Jahr 2014 wurden nach Einschätzung der Wahlbeobachtung durch ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) effizient durchgeführt, die Kandidaten konnten sich ungehindert am Wahlkampf beteiligen und Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit wurden gewährleistet. Allerdings stellte ODIHR verschiedene Mängel fest, darunter vor allem die unzureichende Trennung zwischen Partei- und Staatsaktivitäten und die voreingenommene Medienberichterstattung im Wahlkampf, sowie Vorwürfe der Einschüchterung von Wählern. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung.

\* Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimchutzordnung eingesehen werden.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die frühzeitige Zurückzahlung eines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) durch die EJRM im März 2015 ([www.macedoniaonline.eu/content/view/27046/45/](http://www.macedoniaonline.eu/content/view/27046/45/))?

Am 27. Februar 2015 tilgte die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ihre gesamten beim Internationalen Währungsfonds noch ausstehenden Verbindlichkeiten in Höhe von 123,1 Mio. Sonderziehungsrechten (etwa 173,3 Mio. US-Dollar). Diese Verbindlichkeiten waren im Zuge der Inanspruchnahme einer Vorsorge- und Liquiditätslinie (Precautionary Liquidity Line) im Januar 2011 entstanden. Gemäß dem ursprünglichen Rückzahlungsplan hätte die finale Rate erst im März 2016 gezahlt werden müssen.

- a) Wie entwickelten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Schulden der EJRM beim IWF in den Jahren 1999 bis 2014?

Die Schulden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beim Internationalen Währungsfonds (IWF) beliefen sich Ende des Jahres 1999 auf 74 102 668 Sonderziehungsrechte (am 10. Juli 2015 entsprach ein Sonderziehungsrecht 1,253 Euro). Bis zum Jahresende 2006 sanken die ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Internationalen Währungsfonds auf 37 003 963 Sonderziehungsrechte ab und wurden im Mai des darauf folgenden Jahres in Anschluss an eine vorherige Rückzahlungsvereinbarung mit dem Pariser Club schließlich komplett getilgt. Im Jahr 2011 schloss die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien mit dem IWF eine Vorsorge- und Liquiditätslinie in Höhe von 197 000 000 Sonderziehungsrechten ab. Im Jahr 2014 begann eine Rückführung dieser Summe, so dass der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2014 schließlich einen Stand von 123 125 000 Sonderziehungsrechten erreichte.

Eine genaue Aufstellung sowie eine Aufschlüsselung in Mittel des allgemeinen Kontos (ohne konzessionäres Element) sowie Mittel aus konzessionärer Kreditvergabe sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen (Beträge in Sonderziehungsrechten).

Datum	Mittel des allgemeinen Kontos	Mittel aus konzessionären Krediten	Gesamtsumme
31.12.2014	123 125 000	0	123 125 000
31.12.2013	197 000 000	0	197 000 000
31.12.2012	197 000 000	0	197 000 000
31.12.2011	197 000 000	0	197 000 000
31.12.2007	0	0	0
31.12.2006	30 169 863	6 834 100	37 003 963
31.12.2005	30 861 251	12 634 800	43 496 051
31.12.2004	22 181 670	18 091 000	40 272 670
31.12.2003	22 449 173	23 547 200	45 996 373
31.12.2002	21 472 505	28 094 100	49 566 605
31.12.2001	27 328 337	29 003 500	56 331 837
31.12.2000	33 311 669	29 003 500	62 315 169
31.12.1999	46 821 668	27 281 000	74 102 668

- b) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den „Entwicklungsplan“ des russischen Konzerns Gazprom für Mazedonien ([www.macedoniaonline.eu/content/view/23879/61/](http://www.macedoniaonline.eu/content/view/23879/61/))?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von einem Entwicklungsplan des russischen Konzerns Gazprom für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

10. Welche – auch nachrichtendienstliche – Kenntnisse hat die Bundesregierung über die im September 2014 vom ethnisch-albanischen Politiker Nevzat Halili erklärte „Republik Ilirida“ ([www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=09&dd=19&nav\\_id=91668](http://www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2014&mm=09&dd=19&nav_id=91668))?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine über die Presseberichterstattung hinausgehenden Kenntnisse vor.

- a) Welche – auch nachrichtendienstliche – Kenntnisse hat die Bundesregierung über die „Garde der Republik Ilirida“ ([www.inserbia.info/today/2014/11/albanian-guard-of-the-republic-of-ilirida-starts-patrols-in-macedonia/](http://www.inserbia.info/today/2014/11/albanian-guard-of-the-republic-of-ilirida-starts-patrols-in-macedonia/))?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

- b) Welche persönlichen Kontinuitäten zwischen dem Aufstand im Jahr 2001 und den Aktivitäten der „Republik Ilirida“ sowie der „Garde der Republik Ilirida“ seit vergangener Herbst sind der Bundesregierung bekannt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

- c) Welche persönlichen, finanziellen, militärischen, politischen und geheimdienstlichen Verbindungen zwischen der „Republik Ilirida“ sowie der „Garde der Republik Ilirida“ und der von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten „Republik Kosovo“ sind der Bundesregierung bekannt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

11. Wie viele Bürger der EJRM haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2009 bis 2014 die bulgarische Staatsbürgerschaft angenommen ([www.novinite.com/view\\_news.php?id=135109](http://www.novinite.com/view_news.php?id=135109))?

Nach Angaben des bulgarischen Justizministeriums haben in den Jahren von 2009 bis 2014 insgesamt 41 070 Staatsbürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die bulgarische Staatsbürgerschaft angenommen. Im Jahr 2009 waren dies 4 394, im Jahr 2010 waren dies 10 503, im Jahr 2011 waren dies 11 496, im Jahr 2012 waren dies 7 961, im Jahr 2013 waren dies 4 852, im Jahr 2014 waren dies 1 864.

---

\* Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

12. In welcher Form und Art hat laut Kenntnis der Bundesregierung die Regierung der USA der griechischen Regierung empfohlen, von der Pipeline „Turkish Stream“ Abstand zu nehmen ([www.macedoniaonline.eu/content/view/27397/46/](http://www.macedoniaonline.eu/content/view/27397/46/))?

Die Fragen 12 und 12a werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die amerikanische Regierung ist der Auffassung, dass „Turkish Stream“ entgegen den Diversifizierungszielen der Energieunion die europäische Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen erhöhen würde. Hierzu hat die amerikanische Regierung mit den Regierungen Griechenlands, Ungarns und Serbiens Gespräche geführt. Über zu diesem Thema bereits stattgefundene Gespräche der amerikanischen Regierung mit der mazedonischen Regierung ist der Bundesregierung nichts bekannt.

- a) Erfolgt laut Kenntnis der Bundesregierung ähnliche Warnungen der US-Regierungen gegenüber den Regierungen Ungarns, Serbiens und Mazedoniens?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

- b) Hat die Bundesregierung nach Kenntnis der Bundesregierung ebenso der griechischen Regierung empfohlen, sich nicht an der Pipeline „Turkish Stream“ zu beteiligen?

Nein.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der bilateralen Beziehungen Deutschlands zur EJRM?

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien werden als zufriedenstellend beurteilt. In der aktuellen innenpolitischen Krise wirbt die Bundesregierung bei der mazedonischen Regierung und den Oppositionsparteien darum, sich gemeinsam auf Schritte zur Lösung der zutage getretenen Probleme zu verständigen.

14. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen der EJRM zu
- a) Albanien,

Die Beziehungen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu Albanien sind gut. Die albanische Regierung ist angesichts der gegenwärtigen Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien um Deeskalation bemüht, so zuletzt nach der gewaltsamen Auseinandersetzung in Kumanovo im Mai 2015, wo sie zu Ruhe und Besonnenheit sowie zur Aufklärung des Vorfalls aufgerufen hat.

- b) der selbsterklärten „Republik Kosovo“ und

Die Beziehungen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zur Republik Kosovo haben sich, befördert durch die völkerrechtliche Anerkennung der Republik Kosovos durch die EJRM und die folgende Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen im März 2010, grundsätzlich gut und einvernehmlich entwickelt. Vor dem Ausbruch der gegenwärtigen innenpolitischen Krise war eine gemeinsame Kabinettsitzung der beiden Regierungen angekündigt worden.



Nach der gewaltsamen Auseinandersetzung in Kumanovo im Mai 2015 hatte die kosovarische Regierung jegliche Gewalt mit dem Ziel der Destabilisierung des Nachbarlandes verurteilt.

c) Bulgarien?

Die Beziehungen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu Bulgarien sind durch unterschiedliche Interpretation der gemeinsamen Geschichte belastet. Seit Ende des Jahres 2012 haben jedoch mehrere hochrangige bilaterale Besuche stattgefunden, welche zur Entspannung beigetragen haben. Bulgarien unterstützt die EU-Annäherung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unter der Voraussetzung des Abschlusses eines Abkommens über gutnachbarschaftliche Beziehungen. Nach der gewaltsamen Auseinandersetzung in Kumanovo sprach sich Bulgarien für die schnelle und friedliche Lösung der mazedonischen innenpolitischen Krise aus.

15. Welchen Beitrag hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2008 zur Ausstattung und Ausbildung der mazedonischen Streitkräfte geleistet (bitte nach Jahren und Maßnahmen aufgeschlüsselt)?

Im angefragten Zeitraum wurde keine Ausstattung an die mazedonischen Streitkräfte durch die Bundeswehr geliefert. Die im Rahmen der militärischen Ausbildungshilfe geleisteten Ausbildungsmaßnahmen mazedonischer Soldatinnen und Soldaten sind nachstehender tabellarischer Übersicht zu entnehmen.

Ausbildungsziel	Ausbildungsbeginn	Ausbildungsende
Sanitätsausbildung Arzt – Radiologie	06.10.2006	18.03.2008
Generalstabsausbildung – International – Heer	02.11.2006	11.07.2008
Sanitätsausbildung Krankenschwester	03.10.2007	30.06.2008
Generalstabsausbildung – International – Heer	06.11.2007	15.07.2009
Einheitsführerausbildung – Jägertruppe	08.01.2008	25.04.2008
Einheitsführerausbildung – Jägertruppe	08.01.2008	25.04.2008
Zugführerausbildung – Jägertruppe	08.01.2008	25.06.2008
Bataillonskommandeurausbildung – Panzergrenadiertruppe	02.04.2008	19.09.2008
Bataillonskommandeurausbildung – Jägertruppe	02.04.2008	19.09.2008
Luftwaffe – Hubschraubermechaniker	16.06.2008	12.09.2008
Luftwaffe – Hubschraubermechaniker	16.06.2008	12.09.2008
ABC-Abwehrlehrgang	08.07.2008	18.07.2008
Luftwaffe – Hubschraubermechaniker	22.08.2008	12.09.2008
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Implementierung Rüstungskontrollvereinbarung	07.10.2008	21.10.2008
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	07.10.2008	22.12.2008
Generalstabsausbildung – International – Heer	29.01.2009	09.07.2010
Sanitätsausbildung – Laborant	03.04.2009	31.01.2010

Ausbildungsziel	Ausbildungsbeginn	Ausbildungsende
Bataillonskommandeurausbildung Panzergrenadiertruppe	03.04.2009	08.09.2009
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Implementierung Rüstungskontrollvereinbarung	05.05.2009	19.05.2009
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	11.05.2009	29.05.2009
Zugführerausbildung – Jägertruppe-Truppenpraktikum	02.07.2009	20.11.2009
Einheitsführerausbildung – Pioniertruppe	02.07.2009	31.12.2009
Ausbildung Haushaltswesen	02.07.2009	04.05.2010
Bataillonskommandeurausbildung – Jägertruppe	10.08.2009	04.09.2009
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	28.09.2009	16.10.2009
Sanität – Arztweiterbildung – Innere Medizin	06.10.2009	31.03.2011
Generalstabsausbildung – International – Heer	04.11.2009	08.07.2011
Sanitätsweiterbildung – Krankenpfleger	07.01.2010	31.10.2010
Einheitsführerausbildung – Jägertruppe	08.01.2010	28.05.2010
Einheitsführerausbildung Heer – Flugabwehr-Truppe	08.01.2010	31.05.2010
VN-Stabsoffiziersausbildung – UNSOC	07.02.2010	26.02.2010
Bataillonskommandeurausbildung – Panzergrenadiertruppe	08.04.2010	10.09.2010
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	14.06.2010	02.07.2010
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	01.07.2010	28.09.2010
Bataillonskommandeurausbildung – Panzer-Grenadiertruppe	16.08.2010	10.09.2010
VN-Stabsoffiziersausbildung – UNSOC	03.10.2010	22.10.2010
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Implementierung Rüstungskontrollvereinbarung	04.10.2010	20.10.2010
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Implementierung Rüstungskontrollvereinbarung	04.10.2010	20.10.2010
Einheitsführerausbildung – Panzergrenadiertruppe	04.10.2010	21.04.2011
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	05.10.2010	20.12.2010
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	05.10.2010	20.12.2010
Sanitätsweiterbildung – Einsatznotfallmedizin	05.10.2010	30.09.2011
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	11.10.2010	29.10.2010
Generalstabsausbildung – International – Heer	04.11.2010	13.07.2012
Deutschlehrer-Fortbildung	24.02.2011	25.03.2011
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	07.03.2011	25.03.2011
Bataillonskommandeur – Panzergrenadiertruppe	06.04.2011	30.09.2011
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC 2	14.07.2011	01.07.2011

Ausbildungsziel	Ausbildungsbeginn	Ausbildungsende
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	04.07.2011	27.09.2011
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung – Verifikation	04.10.2011	21.12.2011
Sanitätsweiterbildung – Krankenpfleger	05.10.2011	31.07.2012
Sanität Arztweiterbildung – Allgemeinmedizin	05.10.2011	31.03.2013
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Implementierung Rüstungskontrollvereinbarung	08.10.2011	26.10.2011
VN-Stabsoffizierausbildung – UNSOC	24.10.2011	11.11.2011
Generalstabsausbildung – International – Heer	03.11.2011	12.07.2013
VN-Stabsoffizierausbildung – UNSOC	18.03.2012	05.04.2012
Bataillonskommandeursausbildung – Jägertruppe	03.04.2012	21.09.2012
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	10.06.2012	29.06.2012
Internationaler Presseoffizierlehrgang	03.09.2012	14.09.2012
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	25.09.2012	12.10.2012
VN-Stabsoffizierausbildung – UNSOC	04.11.2012	23.11.2012
Generalstabsausbildung – International – Heer	05.11.2012	13.06.2014
Bataillonskommandeursausbildung – Artillerie-Truppe	04.04.2013	13.09.2013
Bataillonskommandeursausbildung – Logistik-Truppe	04.04.2013	30.09.2013
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	16.06.2013	05.07.2013
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	03.07.2013	26.09.2013
ABC-Abwehrlehrgang	09.07.2013	19.07.2013
Internationaler Presseoffizierlehrgang	15.09.2013	27.09.2013
Sanitätsweiterbildung – Krankenpfleger	02.10.2013	30.09.2014
Sanitätsweiterbildung – Krankenpfleger	02.10.2013	30.09.2014
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	06.10.2013	25.10.2013
VN-Stabsoffizierausbildung – UNSOC	18.11.2013	06.12.2013
Zugführerausbildung – Nachschubtruppe	08.01.2014	30.06.2014
Zentrum für Verifikation der Bundeswehr – Sprachausbildung Verifikation	02.04.2014	26.06.2014
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	23.06.2014	11.07.2014
Internationaler Presseoffizierlehrgang	08.09.2014	19.09.2014
VN-Stabsoffizierausbildung – UNSOC	13.10.2014	31.10.2014
VN-Militärbeobachterausbildung – UNMOC	13.10.2014	31.10.2014

16. In welchem Umfang hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2008 den Export von Rüstungsgütern der Ausfuhrliste Teil 1 A an die EJRM genehmigt, und welche Kriegswaffen der Kriegswaffenliste B wurden tatsächlich in diesem Zeitraum an diesen Staat geliefert (bitte nach Jahren aufgeschlüsselt)?

Die Bundesregierung hat im angefragten Zeitraum Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern der Ausfuhrliste Teil I A an die EJRM wie folgt erteilt:

Jahr	Anzahl der Genehmigungen	AL-Position	Gesamtwert in Euro	Güter (in v. H. des Gesamtwertes)
2008	10	A0001 A0005 A0007 A0008 A0013 A0018	420 455	Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Waffenzielgeräte und Teile für Maschinenpistolen, Jagdgewehre (A0001/59,3 %);  ABC-Schutzbekleidung (A0007/38,6 %)
2009	9	A0001 A0006 A0007 A0008 A0015	220 359	ABC-Schutzausrüstung und Teile für ABC-Schutzausrüstung (A0007/60,7 %);  Teile für gepanzerte Fahrzeuge (A0006/21,6 %)
2010	5	A0001 A0007 A0015	105 501	Nachtsichtbrillen (A0015/47,6%);  Schutzkabine (A0007/47,2%)
2011	2	A0001	5 819	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre (A0001/100 %)
2012	3	A0001	13 349	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre (A0001/100 %)
2013	2	A0001	20 005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre (A0001/100 %)
2014	9	A0001 A0018	79 859	Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten (A0001/99,7 %)

Im Jahr 2008 wurden Kriegswaffen des Teils B der Kriegswaffenliste im Wert von 153 360 Euro in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ausgeführt. Weitergehende Angaben zu Stückzahl und Bezeichnung sind wegen des auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beruhenden Grundsatzes der statistischen Geheimhaltung zur Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen nicht möglich. Seit dem Jahr 2009 bis einschließlich April 2015 sind keine Ausfuhren von Kriegswaffen des Teils B der Kriegswaffenliste in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gemeldet worden.

Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4626 „Krisenprävention und Rüstungsexporte“ wird verwiesen.

17. Wann und wo haben Ausbilder der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes sowie nach Kenntnis der Bundesregierung der Polizeien der Länder Angehörige der mazedonischen Strafverfolgungsbehörden ausgebildet?

Zur Beantwortung der Frage 17 wird auf die Beantwortung der seit dem Jahr 2008 quartalsweise gestellten Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. zu Polizei- und Zolleinsätzen im Ausland verwiesen, die auch Informationen zu Maßnahmen der (grenz-)polizeilichen Aufbauhilfe zugunsten mazedonischer Sicherheitsbehörden beinhaltet:

Jahr	Bundestagsdrucksache (Antwort)	Datum
2015	18/5146	11.06.2015
2014	18/3979 18/2986 18/2553 18/2286 18/1321	09.02.2015 27.10.2014 17.09.2014 05.08.2014 05.05.2014
2013	18/676 18/154 17/14552 17/13437	27.02.2014 10.12.2013 14.08.2013 10.05.2013
2012	17/12469 17/11251 17/10450 17/9536	26.02.2013 29.10.2012 10.08.2012 08.05.2012
2011	17/8688 17/7617 17/6710 17/6034	15.02.2012 08.11.2011 29.07.2011 01.06.2011
2010	17/4939 17/3931 17/2845 17/2264	28.02.2011 25.11.2010 03.09.2010 22.06.2010
2009	17/1006 17/84 16/12968	15.03.2010 27.11.2009 11.05.2009
2008	16/11548 16/11314 16/10252	05.01.2009 08.12.2008 17.09.2008

18. Wie viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr hielten sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2001 ohne ein Mandat des Deutschen Bundestages in der EJRM auf?

Neben den in Frage 19 und 20 erwähnten Soldatinnen und Soldaten hielten sich im Bezugszeitraum keine weiteren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr länger in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf. Im Rahmen der bilateralen Jahresprogramme hielten sich zu Expertengesprächen und kurzen Ausbildungsmaßnahmen eine geringe Anzahl von deutschen Soldatinnen und Soldaten im angefragten Zeitraum zu mehrtägigen Besuchen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf.

19. Wie viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr waren und sind derzeit als Militärattachés oder in vergleichbaren Positionen in der deutschen Auslandsvertretung in Skopje eingesetzt?

Im Oktober 2012 wurde der Militärattachéstab an der Deutschen Botschaft in Skopje geschlossen. Seitdem ist der deutsche Militärattaché in Tirana/Albanien für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien nebenakkreditiert. Vor diesem Datum waren zwei Soldatinnen und Soldaten im Militärattachéstab in Skopje eingesetzt. Darüber hinaus sind aktuell keine deutschen Soldatinnen und Soldaten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eingesetzt.

20. Hielten sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2001 – abseits von EU- und NATO-Militärmissionen im Land – militärische Berater der Bundeswehr in der EJRM auf?

Wenn ja, von wann bis wann, mit welchen Aufgabenbereichen, und bei welchen Dienststellen (bitte entsprechend der Jahre auflisten)?

29.03.2004	30.11.2006	Oberstleutnant	Beratung Logistik im NATO Advisory Team beim mazedonischen Verteidigungsministerium
15.11.2006	31.07.2009	Oberstleutnant	Beratung Logistik im NATO Advisory Team beim mazedonischen Verteidigungsministerium
01.05.2009	30.04.2013	Oberstleutnant	Berater Personalwesen im mazedonischen Verteidigungsministerium

21. Welche – auch nachrichtendienstliche – Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Schlacht und die Krise in der und um die nordmazedonische Stadt Aračinovo im Juni 2001?

Der Bundesregierung liegen zu dieser Frage keine über die Presseberichterstattung hinausgehenden Kenntnisse vor.

22. In wessen Auftrag und mit welcher Mission waren laut Kenntnis der Bundesregierung die Militärberater der US-Firma „Military Professional Resources Inc.“ in Aračinovo im Juni 2001 (Mark Curtis: Secret Affairs: Britain’s Collusion with Radical Islam, London 2010, S. 384)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.



